

Die Tempelbergkrise im Rückblick: Was bleibt nach der Gewalt?

Gut einen Monat nach der Ermordung zweier israelischer Grenzpolizisten scheint die Krise um Jerusalems Tempelberg vordergründig ausgestanden. Tatsächlich aber haben die jüngsten Ereignisse aus israelischer Perspektive drei Sachverhalte mit langfristiger Wirkung deutlich gemacht. Erstens besteht die Gefahr, dass die religiöse Dimension zum bestimmenden Moment eines primär nationalen und territorialen Konflikts wird. Zweitens stehen die politischen Führer beider Seiten unter massivem Druck nationalistischer und fundamentalistischer Kräfte und keine Seite schafft es, sich von ihrem Einfluss frei zu machen. Drittens – der Faktor Jordanien. Der Konflikt hat durch die besondere Rolle, die der jordanische König als „Schutzherr“ des Tempelberges/Haram-al-Sharif spielt, unmittelbare Auswirkungen auf die wichtigste regionale Allianz, über die Israel verfügt. So ist die Krise zwar beigelegt, aber der „Sprengsatz“ ist nicht entschärft. Dieser Länderbericht analysiert die Ereignisse der letzten Wochen zusammenfassend und ordnet sie in den größeren Kontext ein.

Die Ereignisse im Überblick¹

Am Vormittag des 14. Juli 2017, eines Freitages, töteten drei arabische Israelis aus

der überwiegend von Palästinensern bewohnten Stadt Umm al-Fahm zwei israelische Grenzpolizisten in unmittelbarer Umgebung des Löwentors, an das sich einer der zentralen Zugänge zum Tempelberg/Haram-al-Sharif anschließt. Beide Opfer gehörten der drusischen Bevölkerungsgruppe an. Die Angreifer im Alter von 19 und 29 Jahren, die alle der gleichen Großfamilie entstammen, flohen nach dem Anschlag auf den Tempelberg. Dort kam es zu einem Feuergefecht, bei dem die Angreifer durch israelische Sicherheitsbeamte getötet wurden. In der Folge des Attentats riegelten die israelischen Sicherheitskräfte die Altstadt in Jerusalem ab. Die israelische Polizei räumte überdies den Tempelberg und durchsuchte die Esplanade nach Waffen. Erstmals seit dem Jahr 2000 untersagten die Behörden das Freitagsgebet in der Al-Aqsa-Moschee. Bereits unmittelbar nach diesen Maßnahmen gab es an den Toren der Altstadt erste Auseinandersetzungen zwischen der israelischen Polizei und Muslimen, die auf den gesperrten Berg wollten. Die Hamas pries das Attentat als „heroischen Akt“, der die „Einheit der Palästinenser“ unter Beweis stelle.² Das geistliche Oberhaupt der palästinensischen Muslime, der Mufti von Jerusalem, Ahmad Hussein rief die Menschen dazu auf, zum Tempelberg zu gehen.³

¹ Für einen detaillierten Überblick über die Ereignisse beim Ausbruch der Tempelberg-Krise und eine Analyse der palästinensischen Sichtweise hierauf siehe den Länderbericht des KAS-Büros in den Palästinensischen Gebieten „Eskalation am Tempelberg“, Juli 2017: http://www.kas.de/wf/doc/kas_49687-1522-1-30.pdf?170728122405.

² „Hamas, Islamic Jihad lavish praise on 'heroic' Temple Mount shooting“, Times of Israel, 14. Juli 2017: <http://bit.ly/2wLsoi9>.

³ „Fatah calls on Muslim worshippers to go to Temple Mount“, JPost, 14. Juli 2017: <http://bit.ly/2tTeu9n>.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BÜRO ISRAEL

DR. MICHAEL BORCHARD

DR. JOACHIM ROTHER

August 2017

www.kas.de/israel

Inmitten dieser bereits aufgeheizten Situation und obwohl Militär und Sicherheitsdienste ihm davon abgeraten hatten, traf der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu die Entscheidung, aus Sicherheitsgründen Metalldetektoren an den Zugängen zum Tempelberg zu installieren.⁴

Die Folge waren landesweite Proteste und Demonstrationen, vor allem im Westjordanland und Ostjerusalem. Auf einen vermeintlichen Kompromiss Netanjahus, statt Detektoren alternativ ein weniger invasives videobasiertes Gesichtserkennungssystem zu installieren, ließ sich die palästinensische Seite nicht ein. Palästinenserpräsident Abbas rief insgesamt zwei Mal zu „Tagen des Zorns“ auf und hielt gläubige Muslime an, zum Tempelberg zu strömen, um gegen die israelischen Sicherheitsmaßnahmen zu demonstrieren. Indem man in weiten Teilen friedlich statt auf dem Tempelberg nun vor seinen Zugängen und den Toren der Altstadt die Gebete verrichtete, versuchte man das israelische Vorgehen zu boykottieren. Immer wieder jedoch gewann Gewalt die Oberhand und es kam zu Toten und Verletzten vornehmlich auf palästinensischer Seite.

Die Gewalt gipfelte eine Woche nach dem Vorfall auf dem Tempelberg in Anschlägen, die weitreichende Folgen haben sollten. In der Siedlung Halamish im Westjordanland überraschte ein palästinensischer Attentäter am Shabbatabend des 21. Juli eine jüdische Familie in ihrer Wohnung und tötete drei ihrer Mitglieder mit einem Messer.⁵ In Amman griff am darauf folgenden Montag, dem 24. Juli, ein Einheimischer mit Hilfe eines Schraubenziehers einen Mitarbeiter der israelischen Botschaft an, der als Reaktion das Feuer eröffnete und den Angreifer und seinen jordanischen Vermieter tötete. Weitere versuchte Anschläge ereigneten sich in den Gegenden von Hebron, aber auch in Petah Tikvah unweit Tel-Aviv und in Jaffo. Die Gewalt schien sich flächendeckend auszubreiten.

Eigentlich hatte die Woche, in der das Attentat auf die Polizisten stattfand, mit einer Reihe an guten Nachrichten zwischen Israel und Palästinensern begonnen. Nur einen Tag vor dem Anschlag hatten Israel, die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) und Jordanien die Vereinbarung zum Projekt „red2dead“ unterschrieben, welches die Schaffung einer Verbindung vom Roten zum Toten Meer festschrieb. In dem Vertrag wurde auch das sensible Thema Wasserversorgung angesprochen und festgelegt, dass Israel der PA jedes Jahr zusätzlich 33 Millionen Kubikmeter Wasser verkauft, um die Situation im Westjordanland zu verbessern.⁶ Ebenso war ausgerechnet in jener Woche bekannt gegeben worden, dass der Zugang für tausende Palästinenser zum Tempelberg aus dem Westjordanland heraus erleichtert werden soll.⁷ Die Ereignisse des 14. Juli ließen jedoch alle diese Bemühungen in den Hintergrund treten.

Der Streit um Sicherheitsmaßnahmen

Warum stellt in diesem Zusammenhang insbesondere die Aufstellung der Metalldetektoren ein derartiges Problem dar? Der in den Tagen nach dem Anschlag oft in den israelischen Medien und der Öffentlichkeit zu hörende Hinweis, dass man auch beim Zugang zur Klagemauer, vor allem aber auch an den heiligsten Stätten der Muslime in Mekka und Medina solche Detektoren passieren müsse und dass es berechnete Sicherheitsinteressen gebe, ist zwar nicht einfach von der Hand zu weisen, trifft aber nicht den Kern des Problems. Der Kern des Problems ist, dass die religiösen Autoritäten sowie die Palästinensische Autonomiebehörde die Befürchtung hegen, dass Israel den Status Quo auf dem Tempelberg ändern will.

Die besondere politische Brisanz liegt deshalb auch nicht primär in der Aufstellung der Detektoren, sondern darin, dass der israelische Regierungschef alle Beteiligten vor

⁴ „Israeli Police Officers: Decision to Place Metal Detectors at Temple Mount Was Careless“, Haaretz, 23. Juli 2017: <http://bit.ly/2xpN7Fi>.

⁵ „Three Israelis dead, one wounded in West Bank stabbing attack“, JPost, 22. Juli 2017: <http://bit.ly/2ujMtIs>.

⁶ „Trump envoy announces Israeli-Palestinian water deal, silent on peace prospects“, Reuters, 13. Juli 2017: <http://reut.rs/2sTMphb>.

⁷ „In Israel droht eine neue Welle der Gewalt“, Die Welt, 14. Juli 2017: <http://bit.ly/2treKdQ>.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BÜRO ISRAEL

DR. MICHAEL BORCHARD

DR. JOACHIM ROTHER

August 2017

www.kas.de/israel

vollendete Tatsachen gestellt hat. Die Jerusalemer Waqf-Behörde, der die Pflege der muslimischen Heiligtümer obliegt wie auch das Königreich Jordanien, das seit Ende des Sechstagekriegs 1967 eine Schutz- und Aufsichtsfunktion über den Tempelberg ausübt, wurden vor diesem Schritt nicht konsultiert. Netanjahu stellte alle Beteiligten vor vollendete Tatsachen. Das war es, was insbesondere in Jordanien als Veränderung des Status Quo interpretiert wurde.

Ist der Status Quo wirklich in Bedrängnis?

Was bedeutet dieser Status Quo? Nach dem Sechstage-Krieg 1967 und der damit verbundenen Eroberung Jerusalems vor 50 Jahren wollte der damalige Verteidigungsminister Moshe Dayan religiöse Auseinandersetzungen in Jerusalem verhindern und konferierte deshalb mit der Führung des sogenannten Waqf. Dabei traf er mit seinen Gesprächspartnern eine Einigung, die bis heute gilt: Die Muslime verwalten in Form des Waqf die heiligen Stätten auf dem Berg selbst, Israel soll auf dem Tempelberg nur im Notfall die Polizeigewalt ausüben; das Mughrabi-Tor ist der einzige Zugang, der für Touristen, für Christen und für Juden vorgesehen ist, die den heiligen Berg zwar besuchen, hier aber keine Gebetshandlungen verrichten dürfen.

Auch wenn der Status Quo Dayans nach wie vor der Orientierungsmaßstab bleibt, so haben auch Maßnahmen in der Vergangenheit immer wieder den Eindruck hinterlassen, man rühre an diesem Status Quo. So ist von muslimischer Seite insbesondere auch die Eröffnung der Klagemauertunnel 1996 während der ersten Amtsperiode Netanjahus gesehen worden. Die Eröffnung der Tunnel hatte zu erheblichen Auseinandersetzungen und mehr als hundert Toten geführt.

Einen gewissen Zickzack-Kurs hat Netanjahu auch in den letzten Monaten in Sachen Besuchsrecht des Tempelbergs für Spitzenpolitiker an den Tag gelegt. In der Vergangenheit hatten Besuche israelischer Politiker immer wieder zu massiven Gegenreaktionen geführt: von dem Besuch Ariel Sharons im Herbst 2000, der zum Mitauslöser der Zweiten Intifada (daher „al-Aqsa-Intifada“ ge-

nannt) wurde, bis zum Besuch des Landwirtschaftsministers Uri Ariel, der den Messerattentaten des „heißen Herbstes“ 2015 vorangegangen war.

Nur eine Woche nach dem Anschlag hätte ein Kabinettsbeschluss in Kraft treten sollen, der es den Ministern erlaubt, den Tempelberg wieder zu betreten, nachdem dies seit der Gewaltwelle 2015 untersagt war. Die Tatsache, dass Netanjahu dieses Inkrafttreten aufgrund der gegenwärtigen Lage ausgesetzt hat, führt wiederum zur massiven Gegenreaktionen auf der rechten Seite des politischen Spektrums in Israel. Erst in der vergangenen Woche hat das Knessetmitglied Rabbiner Jehuda Glick, ein Angehöriger von Netanjahus Likud, aus Protest gegen diese Entscheidung unter freiem Himmel an einem der muslimischen Eingänge zum Tempelberg für einen Tag sein „Büro“ eröffnet.⁸ Am 23. August versuchte Jehuda Glick gemeinsam mit der Abgeordneten Shuli Moalem-Rafaeli von der nationalreligiösen HaBait-HaJehudi-Partei über das Mughrabi-Tor auf den Tempelberg zu gelangen - unter Missachtung des „Banns“ von Netanjahu. Zwar schob die Polizei dieser Aktion einen Riegel vor, allerdings betonte die Abgeordnete Moalem-Rafaeli gegenüber den Medien dann, es sei nicht ihr Anliegen zu provozieren, aber es gehe um „jüdische Souveränität“ auf dem Tempelberg.⁹ In den kommenden Wochen soll an einem „Probetag“ Knessetabgeordneten der Zugang zum Tempelberg versuchsweise gestattet werden.¹⁰ Ebenso hat der Oberste Gerichtshof im September auf der Basis eines Rechtsstreites zwischen Glick und Netanjahu eine Entscheidung über die Rechtmäßigkeit des Verbots für Abgeordnete, den Tempelberg zu betreten, zu treffen.¹¹

⁸ „Likud MK holds ‘protest’ office at Temple Mount gate“, Times of Israel, 14. August 2017: <http://bit.ly/2xFikUj>.

⁹ „MKs Glick and Moalem-Rafaeli blocked from entering Temple Mount“, JPost, 23. August 2017: <http://bit.ly/2vBB5H0>.

¹⁰ Berichtet durch das nationalistische Medium Arutz Sheva: „MKs to be allowed on Temple Mount for 1 day“, Arutz Sheva, 23. August 2017: <http://bit.ly/2wVKAJQ>.

¹¹ „Glick files Supreme Court petition to allow MK visits to Temple Mount“, JPost, 28. März 2017: <http://bit.ly/2wC5tFt>.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BÜRO ISRAEL

DR. MICHAEL BORCHARD

DR. JOACHIM ROTHER

August 2017

www.kas.de/israel

Jehuda Glick zählt zu den besonders profilierten und kontroversen Aktivisten für eine sichtbare jüdische Präsenz auf dem Tempelberg. Glick stand nicht nur über viele Jahre dem sogenannten „Tempelinstitut“ vor, das unter anderem Kultusgegenstände für einen möglichen „dritten Tempel“ vorbereitet, sondern er hat sich auch mit seiner Organisation Liba wiederholt gegen den Status Quo ausgesprochen. Glick hat 2014 in Jerusalem einen Mordanschlag überlebt, bei dem sich der Terrorist explizit auf das Engagement Glicks für eine deutlichere jüdische Präsenz auf dem Tempelberg bezogen und ihn als „Feind der Al-Aqsa“ bezeichnet hat.¹²

Religiöse Aufladung der israelischen Gesellschaft

Im Gegensatz zu Glick steht nach wie vor das israelische Oberrabbinat. Erst in der vergangenen Woche berichteten Zeitungen in Israel über einen Rekord jüdischer Besucher auf dem Tempelberg, der im Zusammenhang mit dem Feiertag Tisha B`av stand, bei dem der Zerstörung der beiden jüdischen Tempel gedacht wird. Dieser Rekord veranlasste Oberrabbiner Itzhak Lau dazu, das rabbinische Verbot, den Tempelberg zu betreten, erneut auszusprechen. Dieses Verbot basiert darauf, dass man nicht genau sagen kann, wo der Tempel einst stand und wo sich das „Allerheiligste“, zugleich der Ort an dem die Bundeslade aufbewahrt worden ist, befunden hat.

Zunehmend aber gehen nicht nur national-religiöse sondern auch moderatere jüdische Geistliche mit dem Argument konform, man wisse dank des archäologischen Fortschrittes einigermaßen genau, wo sich der Tempel befunden habe und könne daher die verbotenen Areale gezielt meiden. Überhaupt spielt Religion gesellschaftlich in Israel eine immer größere Rolle. Zwar war seit der Gründung des Staates Israel das Judentum von zentraler Bedeutung, allerdings war der Zionismus von Beginn an von säkularen Kräften dominiert und Theodor Herzl

legte ganz bewusst auf die Trennung von Religion und Politik großen Wert. Jedoch hatte auch Herzl realisiert, dass der Zionismus seine Massenwirkung nur durch den Bezug auf das biblische „Eretz Israel“ und den Rückgriff auf religiöse Symbolik und Traditionen würde entfalten können. Seine Verpflichtung für Palästina vor dem Zionistischen Weltkongress musste er gar mit dem Bibelspruch (Psalm 137) unterstreichen: „Wenn ich dein vergesse, oh Jerusalem, möge meine rechte Hand verdorren“. Nach der Staatsgründung war für David Ben Gurion die Einwanderung von Juden aus aller Welt der entscheidende Faktor, der ihn zu einer zunehmenden Konsensbereitschaft gegenüber religiösen Gruppierungen zwang. Zudem ist das misrachisch-jüdische Bevölkerungssegment, das eine deutlichere Tendenz zur Religiosität hat, heute stärker als das vielfach säkular geprägte aschkenasische Segment.¹³ All dies hat zu einer auch empirische messbaren Zunahme religiöser Einstellungen geführt; Einstellungen, die dann auch immer in eine Beziehung zu Jerusalem gesetzt werden. Politisch drückt sich diese Haltung in der Tatsache aus, dass in den letzten Jahren die Bereitschaft, im Zuge eines möglichen Friedensvertrages eine Teilung Jerusalems in Kauf zu nehmen, deutlich gesunken ist.

Tempelberg als politisches Symbol

Das ist es auch, was die jüngste Krise primär gezeigt hat, nämlich dass al-Aqsa Moschee und Tempelberg vor allem politische Symbole sind, die mittlerweile das Herzstück des Konfliktes darstellen. Für Palästinenser ist der Berg Symbol für das Aufbegehren gegen die israelische Besatzung und das Verlangen nach einem eigenen Staat, für gläubige Juden ist er nicht weniger als die greifbare Verheißung des gelobten Landes Eretz Israel – und für beide im Umkehr-

¹² „Israeli police shoot dead suspect in assassination attempt on far-right rabbi“, The Guardian, 30. Oktober 2014: <http://bit.ly/2vjMO1g>.

¹³ Beide Begriffe beziehen sich inhaltlich auf die Herkunft bestimmter jüdischer Gruppen. So bezeichnet „ashkenasisch“ i.d.R. eine Herkunft aus Europa, häufig schwerpunktmäßig aus dem europäischen Osten, „misrachisch“ dagegen bezeichnet Juden nahöstlicher, aber auch asiatischer oder afrikanischer Herkunft. Beide Bezeichnungen sind als nicht genau abgegrenzte Sammelbegriffe zu verstehen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BÜRO ISRAEL

DR. MICHAEL BORCHARD

DR. JOACHIM ROTHER

August 2017

www.kas.de/israel

schluss notwendigerweise Symbol des politischen Status-Quo im israelisch-palästinensischen Konflikt. Jede Veränderung am Mikrokosmos Tempelberg hat damit auf beiden Seiten unmittelbaren Einfluss auf die eigene politische Legitimationsgrundlage.

Diese Entwicklung und der jüngste Besucherrekord zeigen: Es wird in der Zukunft eine massive politische Herausforderung sein, diese religiöse und zugleich zutiefst (national-)politische Dynamik in ihrer Wirkung auf dem Tempelberg aufzuhalten oder gar umzukehren - zumal diese Zunahme religiöser Einstellungen auf ähnliche Tendenzen und ein gewachsenes religiöses Bewusstsein auf der muslimischen Seite trifft. Die so dringend notwendige politische Strategie der Deeskalation bei religiösen Fragen wird in Zukunft immer schwieriger werden.

Die jordanische Komponente

Eine solche Deeskalation allerdings ist von überragender Bedeutung für das jordanisch-israelische Verhältnis. Warum?

Als Israel und Jordanien am 26. Oktober 1994 nach 43 Jahren Kriegszustand den israelisch-jordanischen Friedensvertrag in A-rava im Beisein des amerikanischen Präsidenten Bill Clinton unterzeichneten, waren die Artikel, die die Rolle Jordaniens als Hüter und Wächter des Tempelberges festlegten ebenso heikel, wie sie von großer Bedeutung für die jordanische Seite waren.

Die Dynastie der Haschemiten wacht bereits seit 1924 über die heiligen Stätten von Jerusalem, eine prestigeträchtige Aufgabe, die im Vertrag von 1994 lediglich bekräftigt worden ist. Und dennoch ist die Festlegung im Abkommen schon deshalb heikel, weil auch die Palästinenser und stellvertretend für sie die PLO die Verwaltung der heiligen Stätten für sich beanspruchten. Entsprechend benannte nicht nur Jordanien, sondern auch die PLO jeweils einen eigenen Mufti für Jerusalem. In den Vereinbarungen, die Jordanien 1995 mit der Palästinensischen Autonomiebehörde traf, wurden dementsprechend die Fragen zur Kontrolle über die islamischen Stätten auf dem Haram-al-

Sharif völlig außer Acht gelassen, um den Gesamtvertrag nicht zu gefährden.

Dieser Gegensatz ist insofern paradigmatisch als dass der jordanische König in seiner Funktion als „Lord-protector“ des Tempelberges mit der Tatsache konfrontiert ist, dass die Mehrheit seiner Staatsbürger, die palästinensischer Herkunft ist, seinen Gestaltungs- und Führungsanspruch in Frage stellen könnte. In letzter Konsequenz besteht so die Gefahr, dass am Tempelberg entfacht politisches Feuer in letzter Konsequenz den jordanischen König erfasst.

Gerade in den letzten Jahren, gleichsam als Vorläufer der gegenwärtigen Tempelberg-episode, ist das immer wieder sehr deutlich geworden. Auf die Initiative des nationalreligiösen Knessetabgeordneten Moshe Feiglin, mit deutlicher Unterstützung von prominenten Abgeordneten des Likud, debattierte im Februar 2014 das israelische Parlament erstmals über die Frage, ob der Tempelberg weiter unter muslimischer Herrschaft stehen solle. Auch wenn das Parlament keinen Beschluss fasste, führte bereits die Diskussion zu heftigen jordanischen Reaktionen: In einer Petition forderten damals 47 Parlamentsabgeordnete des jordanischen Parlamentes, den Friedensvertrag mit Israel aufzukündigen und den jordanischen Botschafter aus Tel Aviv abzuziehen.¹⁴

Der jordanische König vermag es bislang dennoch, eine konstruktive Rolle zu spielen. Das ist im Herbst 2015 deutlich geworden. Damals hat sich an den Nutzungsrechten auf dem Tempelberg, vor allem aber auch an der Frage des Zuganges zum Berg, Streit entzündet, der in eine Gewaltwelle mündete. Schon bei den Eskalationen 2014 hatte Israel aus Sicherheitsgründen den Zugang zum Tempelberg zeitweilig nur auf Männer über 50 Jahren beschränkt, was die Gewaltausbrüche maßgeblich befeuert hatte. In dieser Situation machte der jordanische König von sich aus bei Verhandlungen mit Benjamin Netanjahu im Beisein des amerikanischen Außenministers Kerry den Vor-

¹⁴ „Jordan's parliament votes to expel Israeli ambassador“, Times of Israel, 26. Februar 2017: <http://bit.ly/2xqeY8C>.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BÜRO ISRAEL

DR. MICHAEL BORCHARD

DR. JOACHIM ROTHER

August 2017

www.kas.de/israel

schlag, auf dem Plateau selbst (also nicht in Form von Gesichtserkennung an den Zugängen) eine durchgehende Überwachung durch Videokameras zuzulassen.¹⁵ Im Gegenzug erklärte sich Israel unter anderem bereit, die Zugangsbeschränkungen zum Tempelberg wieder aufzuheben. Die gegenseitigen Zugeständnisse hatten in der Folge zu einem spürbaren Abflauen der Gewalt geführt.

Vor diesem Hintergrund sind die heftigen Reaktionen des jordanischen Königshauses auf die jüngsten Ereignisse am Tempelberg und der Blitzbesuch des Königs in Ramallah als durchaus beunruhigendes Zeichen zu sehen. Die sich anbahnende diplomatische Krise, die durch den Anschlag in der Botschaft zusätzlich verstärkt wurde, war es letztlich, die Benjamin Netanjahu zum Einlenken und zum Abbau aller neu installierten Sicherheitsmaßnahmen bewegt hat.

Netanjahu verblieb in seinem Verhalten allerdings inkonsequent – zumindest der jordanischen Seite gegenüber: Kurz nach dem Attentat auf den Sicherheitsbeamten der jordanischen Botschaft empfing Netanjahu den Wachmann in seinem Amtssitz. Ein Foto, auf welchem der Ministerpräsident den Wachmann mit unverhohlenen Stolz in die Arme nimmt, machte in der Presse die Runde. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass nicht nur der Angreifer, sondern auch eine weitere, unbeteiligte Person durch den Wachmann erschossen wurde, ist diese Handlung in Jordanien, wo die Staatsanwaltschaft ein Verfahren wegen Mordes und wegen unerlaubten Waffenbesitzes gegen den Wachmann eröffnet hat, als deutliche Provokation empfunden worden. Der jordanische König reagierte spürbar verstimmt.

Das Dilemma Israels rechtskonservativer Koalitionsregierung

In erschreckendem Maße legt der Streit um die Sicherheitsmaßnahmen am Tempelberg deshalb vor allem die innenpolitische Krise

offen, der Israel sich gegenüber sieht. In einer Koalition aus sechs Parteien lenkt Ministerpräsident Netanjahu derzeit ein höchst fragiles Koalitionsgebilde.¹⁶ Mit der national-religiösen Partei haJehudi („Jüdisches Heim“) gehört der Regierung zudem eine äußerst rechte Partei an, die genügend Sitze hat, um die Mehrheit von derzeit 67 der 120 Sitze in der Knesset entweder platzen zu lassen oder ernsthaft gefährden zu können. Hinzu kommt, dass auch von rechten Abgeordneten aus Netanjahus eigenem Likud Druck auf ihn ausgeübt wird

Es ist offensichtlich, dass eben dieser Druck rechter Koalitionspartner und der eigenen Parteifreunde Netanjahu letztlich dazu bewogen hat, die Metalldetektoren gegen den Rat seiner Sicherheitsfachleute installieren zu lassen – ein Zeichen dafür, welche Bedrohung Netanjahu in ihnen sieht.¹⁷ In den Augen vieler gilt Netanjahu politisch als angeschlagen, vor allem aufgrund von gegenwärtig ganzen vier Affären um seine Person, die unter den Titeln „Case 1000, 2000, 3000 und 4000“ firmieren.¹⁸ Enorme Brisanz erhalten einige dieser Fälle durch den einstigen Stabschef im Büro des Premierministers, Ari Harrow. Weil dieser bereits selbst unter Korruptionsanklage steht, ist er zu einer Aussage gegen seinen früheren Chef bereit, womit einer eine tatsächliche Anklageerhebung gegen Netanjahu immer wahrscheinlicher wird. Umfragen ergeben, dass Netanjahus Karriere vorläufig beendet und die Wahlchancen seines Likud deutlich reduziert wären, würde die Regierung aufgelöst und Neuwahlen angesetzt werden. Insofern ist der eigene Machterhalt einer der maßgeblichen Gründe, warum sich der israelische Regierungschef wie auch jüngst durch die nationalreligiöse Partei politisch erpressen lässt.

¹⁵ „Behind the Scenes: How the Temple Mount Camera Deal Prevented a Serious Crisis With Jordan“, Haaretz, 27. Oktober 2015: <http://bit.ly/2vvaRqo>.

¹⁶ Die Regierungskoalition hatte sich erst im Mai 2015 erweitert. Siehe hierzu unseren Länderbericht „Geht ein Rechtsruck durchs Land?“, Mai 2016: <http://www.kas.de/israel/de/publications/45373/>.

¹⁷ „Temple Mount Crisis: Fears of Political Rivals Led Netanyahu to Make a Grave Error“, Haaretz, 23. Juli 2017 <http://bit.ly/2xpFfDP>.

¹⁸ „All the Scandals Involving Netanyahu, and Where They Stand“, Haaretz, 7. August 2017: <http://bit.ly/2vv7nUx>.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BÜRO ISRAEL

DR. MICHAEL BORCHARD

DR. JOACHIM ROTHER

August 2017

www.kas.de/israel

Als die Detektoren installiert waren und die Gewalt am Horizont erste dunkle Schatten vorauszuwerfen begann wurde schnell klar, in welche Pattsituation sich Ministerpräsident Netanjahu manövriert hatte: Würde er auf den Detektoren, bzw. auf jegliche andere Form der Sicherheitsüberprüfung beharren, wären die Schranken offen für jegliche Form der Eskalation. Würde er seine Entscheidung aber zurücknehmen, würde man ihn nicht nur als Schwächling darstellen; er würde vor allem die rechten Parteien seiner Regierung und den rechten Rand seiner eigenen Partei verprellen. Zugleich würde er ihnen damit die Chance einräumen, sich als die einzigen wahren Verteidiger der israelischen Interessen zu gerieren. Vor allem aber wäre sein Handeln als inkonsequent entlarvt worden – ein Eindruck, den Netanjahu mit den zahlreichen Skandalen in seinem Rücken unbedingt vermeiden will.

Die Reaktionen

Entsprechend vernichtend war nach dem Abbau der Detektoren das politische wie mediale Echo: Während die palästinensische Seite jubelte und ihren „Sieg“ feierte, ergab eine Umfrage des israelischen Fernsehsenders Channel 2 am 25. Juli, dass 77% der Befragten der Meinung sind, der Rückbau der Detektoren sei eine Niederlage gegenüber den Palästinensern gewesen. 67% befanden, dass Netanjahu die Krise „nicht gut“ gemeistert hätte.¹⁹ Naftali Bennett, Parteivorsitzender der siedlerfreundlichen Partei haBeit haJehudi und derzeitiger Bildungsminister, reagierte unmittelbar und mit scharfer Kritik auf die Entscheidung Netanjahus, bezeichnete sie als „Aufgabe“ gegenüber den Palästinensern und sieht Israel nun in seiner Souveränität signifikant geschwächt. Parteikollegen Bennetts ließen auf Twitter verlauten, dass es nun an der Zeit sei zu realisieren, dass es „entweder Sie oder wir sind“.²⁰ Politiker der Mitte, so beispielsweise der neugewählte Vorsitzende der Arbeiterpartei haAwoda, Avi Gabbay, begrüßten

zwar den Abbau der Sicherheitsvorrichtungen insgesamt, verurteilten jedoch die Politik des Ministerpräsidenten. Netanjahu ließe sich von seiner Furcht vor den politischen Rivalen leiten. Nach dieser Woche des Lavierens müsse man niemandem mehr erklären, so Gabbay, warum die derzeitige Regierung abtreten müsse.²¹ Auch machte der Vorwurf die Runde, Netanjahu würde absichtlich Unruhen schüren, um von den Ermittlungen gegen seine Person abzulenken. Dies formulierte niemand geringerer als der ehemalige Ministerpräsident Ehud Barak am deutlichsten: Netanjahu sei bereit das Land oder die ganze Region in Brand zu setzen, um sich selbst vor den Kriminalermittlungen in Sicherheit zu bringen.

Der Rechtsruck und seine Folgen

Im Zusammenhang mit den Geschehnissen am und um den Tempelberg sind auch die jüngsten Forderungen zahlreicher führender israelischen Politiker zu sehen, die die Wiedereinführung der faktisch abgeschafften Todesstrafe für angebracht halten. Konkret dreht sich die Diskussion vor allem um den 19-jährigen Terroristen Omar al-Abed, der die drei Mitglieder der jüdischen Familie in Halamish getötet hatte. Letztmalig wurde 1962 ein Todesurteil in Israel im Fall von Adolf Eichmann vollstreckt. Mittlerweile ist die Stimmung in Israel allerdings so aufgeladen, dass es, wie Verteidigungsminister Avigdor Lieberman sagt, „in einem solch extremen Fall sicherlich eine Berechtigung für ein Todesurteil gibt.“²²

Während solche Töne vom Vorsitzenden der Partei Israel Beitenu („Unser Zuhause Israel“) Lieberman bereits in der Vergangenheit zu vernehmen waren, schloss sich diesem drastischen Urteil nun erstmals auch Ministerpräsident Netanjahu an. Den Hinterbliebenen der Familie aus Halamish sagte er, es sei Zeit für Terroristen die Todesstrafe zu verhängen, „[w]ir müssen ihm [dem Terroristen] das Lachen aus dem Gesicht vertrei-

¹⁹ „Channel 2 poll“, Jeremy Saltan, 25. Juli 2017: <http://bit.ly/2ghuXS2>.

²⁰ „Bennett: Government's Temple Mount decisions weakened Israel“, JPost, 27. Juli 2017: <http://bit.ly/2vkaK4J>.

²¹ „Israeli opposition leader blasts handling of Temple Mount crisis“ i24news, 24. Juli 2017: <http://bit.ly/2xFCB3o>.

²² „Lieberman Demands Death Penalty for Halamish Murderer“, Jewish Press, 23. Juli 2017: <http://bit.ly/2vuTO7L>.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BÜRO ISRAEL

DR. MICHAEL BORCHARD

DR. JOACHIM ROTHER

August 2017

www.kas.de/israel

ben".²³ Auch hohe religiöse Autoritäten wie der sephardische Oberrabbiner Israels Yitzhak Yosef gaben kund, dass es eine Schande sei, dass der Terrorist nicht auf der Stelle für seine Tat umgebracht wurde.²⁴ Diese radikale Haltung scheint auch in der israelischen Bevölkerung einen gewissen Grad an Unterstützung zu finden. Laut einer Umfrage des renommierten Israeli Democracy Institute vom 2.8.2017 unterstützen rund 69,8% der Befragten die Hinrichtung eines Attentäters, wenn er aus nationalistischen Motiven gehandelt hat und der Exekution vorher ein ordentliches Gerichtsverfahren vorangegangen ist.²⁵

Unabhängig von der tatsächlichen Durchführbarkeit solcher Urteile zeigt sich, wie sehr sich Netanjahu zur Positionierung am rechten äußeren Spektrum gedrängt fühlt. In diesen Kontext passt auch die Meldung, dass Netanjahu im Zuge jüngster Gespräche mit US Vertretern einen sog. „land swap“, also einen Gebietsaustausch vorgeschlagen haben soll, der u.a. bei Avigdor Lieberman, in der Vergangenheit immer wieder starke Unterstützung fand. Demnach könnten im Zuge eines zukünftigen Friedensmodells israelische-arabische Gemeinden im Austausch gegen Siedlungsgebiete im Westjordanland schlicht untereinander ausgetauscht werden. Sowohl Charakter als auch Zeitpunkt dieser Meldung implizieren, dass hiermit vornehmlich die Gemüter des rechten Randes beruhigt werden sollten. Diese wieder aufflammende Debatte über ein solches – eindeutig rechtswidriges Projekt, das in letzter Konsequenz auch die Aberkennung der Staatsbürgerschaft beinhalten würde – hängt auch mit der Tatsache zusammen, dass der Anschlag gegen die Polizisten im Umfeld des Tempelberges von israelischen Arabern begangen worden ist. Damit kommt erneut die Debatte über die Rolle der israelisch-arabischen Bevölkerungsminderheit in Israel auf den Tisch.

lisch-arabischen Bevölkerungsminderheit in Israel auf den Tisch.

Die Rolle der arabischen Israelis

Arabische Israelis sind immer wieder mit dem Verdacht konfrontiert, die „fünfte Kolonne“ der Palästinensischen Autonomiebehörde und den israelischen Behörden gegenüber illoyal zu sein. Viele arabische Israelis fühlen sich von mehreren Seiten zugleich bedrängt: von muslimischen Extremisten, die sie zum konsequenteren Auftreten gegenüber israelischen Institutionen drängen und zugleich von jüdischen Nationalisten, die Ihnen mangelnden Respekt vor Israel oder gar Beteiligung an Terrorismus vorwerfen.²⁶

In Umm al-Fahm, der größten Stadt des israelisch-arabischen Dreiecks im Osten des israelischen Kernlandes, hat die Islamische Bewegung in den letzten Jahren deutlich an Unterstützung gewonnen. Gleich nach dem Anschlag ist daher der Verdacht laut geworden, dass der Führer des verbotenen nördlichen Zweiges der Islamischen Bewegung in Israel und frühere Bürgermeister von Umm al-Fahm, Raed Salah, bei der Radikalisierung der Täter aus der örtlichen Großfamilie Jabarin eine Rolle gespielt haben könnte.²⁷ Raed Saleh und seiner Bewegung werden zugleich direkte Verbindungen zu den sogenannten Murabitan und Murabitat nachgesagt, selbsternannten Glaubenswächtern, die auf dem Tempelberg Juden und Christen „identifizieren“, sie bedrängen und so immer wieder zu Eskalationen auf dem Tempelberg beigetragen haben. Entsprechend

²³ „Netanyahu expresses public support for death penalty to terrorists“ Ynet News, 29. Juli 2017: <http://bit.ly/2wUUJBZ>.

²⁴ „Chief rabbi says Halamish terrorist should have been killed“ Times of Israel, 23. Juli 2017: <http://bit.ly/2wLpDgK>.

²⁵ Der monatliche Peace-Index des IDI, Juli 2017: http://www.peaceindex.org/files/Peace_Index_Data_July_2017-Eng.pdf.

²⁶ Die Konrad-Adenauer-Stiftung Israel wird im Herbst 2017 eine empirische Studie zur politischen Partizipation der israelischen Araber präsentieren, die ein differenziertes Bild zeichnen und deutlich machen wird, dass es eine sichtbare Verbundenheit der israelischen Araber mit dem israelischen Staat gibt, sich diese aber zunehmend zwischen den Stühlen sehen und durch die Ablehnung, die sie erfahren, herausgefordert fühlen. Jene säkularen israelischen Araber, die einen hohen Grad der Verbundenheit mit Israel fühlen und zur politischen Partizipation bereit sind, fühlen sich vor allem durch die islamische Bewegung massiv unter Druck gesetzt.

²⁷ „Israeli-Arab town's residents fear speaking out after Temple Mount attack, al-Monitor, 17. August 2017: <http://bit.ly/2wheRvW>.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BÜRO ISRAEL

DR. MICHAEL BORCHARD

DR. JOACHIM ROTHER

August 2017

www.kas.de/israel

ist die jüngst erfolgte Verhaftung Raed Sa-lahs im Zusammenhang mit den Vorkommnissen am Tempelberg zu sehen.

Angesichts des Drucks auf arabische Israelis von vielen Seiten sind die Erkenntnisse jüngster Umfragen interessant: Müssten sich israelische Araber entscheiden, ob ihre Kommune im Rahmen eines Landtausches an einen dann entstehenden palästinensischen Staat angeschlossen werden soll, entscheiden sie sich eindeutig und mit überwältigender Mehrheit für den Verbleib bei Israel. Das trifft auch auf Umm al-Fahm zu.²⁸ Überhaupt zeichnen diese Umfragen das Bild, welchem zufolge Palästinenser, die israelische Staatsbürger sind, in ihren Auffassungen der israelisch-jüdischen Mehrheitsgesellschaft viel näher sind, als den Haltungen der Palästinenser in der Westbank.²⁹ Dies spiegelt sich vor allem auch in einem Punkt wieder: die einhellige Empörung über die Rolle der UNESCO.

Die Rolle der UNESCO

In beinahe der gesamten israelischen Öffentlichkeit herrschte schon lange vor der gegenwärtigen „Tempelbergkrise“ ein Tenor ganz deutlich vor: Man weist der internationalen Gemeinschaft entweder eine Mitverantwortung für die Eskalation am Tempelberg zu oder unterstellt zumindest, dass die internationalen Organisationen keine Beiträge dazu geleistet hätten, die religiöse Aufladung des Symbols Tempelberg zu entschärfen. Im Kern dieser Schuldzuweisung stehen eine Reihe von Resolutionen bzw. Resolutionsentwürfe, die die UNESCO im Verlaufe des vergangenen Jahres zum Tempelberg verabschiedet hat. Der Hauptvorwurf lautet, dass die UNESCO im Rahmen dieser insgesamt drei Resolutionen den Bezug des Judentums zum Tempelberg verleugnet habe. „UNESCO votiert: Keine Ver-

bindung zwischen Tempelberg und Judentum“³⁰, titelte die konservative Jerusalem Post dementsprechend.

Selbst wenn man konzidiert, dass in den einleitenden Sätzen des ersten Resolutionsentwurfes die „Wichtigkeit der Altstadt von Jerusalem und ihrer Mauern für die drei monotheistischen Religionen“ betont wird, so wird durchgehend der Begriff „Haram-al-Sharif“ und an keiner Stelle der Terminus „Tempelberg“ benutzt.³¹ Noch schwerer wiegt die Tatsache, dass in der Resolution der Platz vor der Klagemauer als „Al-Burak-Plaza“ bezeichnet wird, die Bezeichnung „Western Wall“ für die Klagemauer ist im ersten Entwurf lediglich in Anführungszeichen gesetzt, in einem späteren Entwurf sind diese Anführungszeichen gestrichen. Die Bezeichnung Al-Burak-Plaza ist auch deshalb ein besonders deutlicher Affront, weil immer wieder von palästinensischen Aktivisten behauptet wurde, dass auch die Klagemauer kein jüdisches, sondern ein muslimisches Heiligtum sei, weil der Prophet bei seiner nächtlichen Himmelsreise sein Pferd „Al-Burak“ an dieser Mauer festgemacht hätte. Prompt meldete auch im Oktober 2016 der saudische Sender Al Arabija, es sei Dank der UNESCO nun bewiesen, dass es keine Verbindung zwischen den Juden und Al-Aqsa und der Al-Burak-Mauer gebe. Der führende deutsche Archäologe in Israel, Dieter Vieweger, der das Deutsche Evangelische Institut für Altertumswissenschaften leitet, hat diese Resolution als „historisch-archäologisch nicht haltbar“ beurteilt, weil zumindest die Existenz des zweiten herodianischen Tempels als archäologisch und historisch unstrittig gelte. Das Agieren der UNESCO sei umso bemerkenswerter, wenn man bedenke, dass das „S“ in UNESCO für scientific – also wissenschaftlich – stehe.³²

²⁸ „Half of Jerusalem's Palestinians Would Prefer Israeli to Palestinian Citizenship“, Washington Institute, 21. August 2017: <http://bit.ly/2wKW5jv>.

²⁹ „A difficult nexus of relationships? A comprehensive view of the USA, Germany, Israel and the Palestinian Territories“, Konrad-Adenauer-Stiftung, März 2016. <http://www.kas.de/usa/en/publications/44521>.

³⁰ „UNESCO votes: no connection between Temple Mount and Judaism“, JPost, 13. Oktober 2016: <http://bit.ly/2e46BWs>.

³¹ Volltext der Resolution unter: <http://unesdoc.unesco.org/images/0024/002462/246215e.pdf>

³² „Überraschend einseitig“, Domradio, 14. Oktober 2016: <http://bit.ly/2wLSPZP>.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BÜRO ISRAEL

DR. MICHAEL BORCHARD

DR. JOACHIM ROTHER

August 2017

www.kas.de/israel

Inzwischen spitzte sich der Streit zwischen Israel und der UNESCO weiter zu. Kurz vor den Ereignissen am Tempelberg hatte die UNESCO einem palästinensischen „Notfallantrag“ folgend die Altstadt von Hebron und die Patriarchengräber zum „Weltkulturerbe“ und zu einer „gefährdeten Stätte“ erklärt, wobei israelischen Medienberichten zufolge diese Stätten als „palästinensische Welterbestätten“ aufgelistet würden. Letzteres leugne, so die israelischen Medien, den Bezug der Juden und damit auch der Christen zu den Gräbern von Abraham und Sara. Als Reaktion auf die Entscheidung der UNESCO kündigte Benjamin Netanjahu an, den israelischen Mitgliedsbeitrag für die Vereinten Nationen um rund 900.000 Euro zu kürzen.³³

Man mag den Streit mit der UNESCO als Wortklauberei sehen, aber die Wirkung der UNESCO-Resolutionen auf den Konflikt ist fatal und kontraproduktiv: Erstens hat die klare Parteinahme der Resolutionen zur Folge, dass das ohnehin schon ramponierte Image dieser Institution in Israel weiter diskreditiert wird. Aufgrund der Vielzahl von israelkritischen Beschlüssen zum Nahostkonflikt wird der UN hier im Land eine Israelobsession attribuiert, die sich in der Tempelbergresolution in den Augen vieler nur aufs Neue manifestiert hat. Zweitens hat im Kontext der Krise um den Tempelberg eine Organisation, die explizit dem Frieden und der Völkerverständigung dienen soll, eine aufgeheizte Debatte gerade und ausgerechnet im sensiblen Feld der Religionen weiter eskaliert und nicht deeskaliert. Drittens hat es die UNESCO so zustande gebracht, moderate und linke Politiker und Aktivisten, die wiederholt und explizit die Politik der nationalreligiösen Kräfte am Tempelberg kritisiert haben, in Argumentationsnot zu bringen und zur Solidarität mit rechten Gruppen zu zwingen.

Und die USA?

Auffällig absent waren Kommentare oder gar Vermittlungsversuche aus den USA

während der vergangenen unruhigen Wochen. Nach den ersten enthusiastischen aber wenig erfolgreichen Gesprächen zwischen Israelis und den Palästinensern im Beisein von Trump, Kushner, Greenblatt und Co. kurz nach der Amtseinführung des US-Präsidenten war im Nachgang der diplomatischen Krise mit Jordanien zwar klar geworden, dass Jared Kushner bei der Vermittlung maßgeblichen Anteil hatte. Dennoch scheint die Ratlosigkeit über den Stillstand im Friedensprozess in der US-Administration bereits Einzug zu halten – selbst nach dem neuesten Besuch der Chefunterhändler Ende August. Bereits am 2. August waren geleakte Audiomitschnitte eines Gesprächs zwischen Kushner und US-Kongressmitarbeitern an die Presse gelangt, wonach der Schwiegersohn des US-Präsidenten hörbar ernüchtert konstatiert: „Der Nahostkonflikt ist vielleicht unlösbar“.³⁴

In das Vakuum der diplomatischen Schwäche der Vereinigten Staaten drängen prompt ganz andere Global Player, wie sich jetzt zudem rausstellte. So legte der UN-Botschafter der Volksrepublik China am 1.8. überraschend einen Vier-Punkte Friedensplan zur Beilegung des Nahost-Konflikts vor – ein Vorstoß der wohl im Kontext von Chinas „One Belt – One Road“ Vorhaben zu sehen ist, in welcher die Nahostregion keine unwesentliche Rolle spielt. Wenn die Initiative auch keine revolutionären Neuheiten enthält so zeigt der Plan dennoch, dass die USA längst nicht mehr die Einzigen sind, die genuines Interesse am Nahen Osten zeigen.

Zusammenfassung

Es ist vor allem die gegenwärtige Schwäche der politisch instabilen israelischen Koalitionsregierung und insbesondere ihres von Affären geschüttelten Anführers Benjamin Netanjahu, die als Faktor in der Auseinandersetzung um den Tempelberg besonders schwer wiegt. Wie sehr das nationalreligiöse Spektrum in seinen politischen wie religiös-institutionellen Ausprägungen trotz seiner

³³ „Ein klarer Angriff auf Israel“, FAZ, 7. Juli 2017: <http://bit.ly/2wBYRqR>.

³⁴ „Jared Kushner Warns 'There May Be No Solution' to Israeli-Palestinian Conflict“, Haaretz, 2. August 2017: <http://bit.ly/2waW1b9>.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BÜRO ISRAEL

DR. MICHAEL BORCHARD

DR. JOACHIM ROTHER

August 2017

www.kas.de/israel

begrenzten Größe im Parlament die politischen Geschicke des Landes dominiert, ist auch in diesem jüngsten Streit deutlich geworden. Die besondere Tragik ist in diesem Fall darin zu sehen, dass diese „Macht“ des nationalreligiösen Spektrums den Faktor „Religion“ im israelisch-palästinensischen Konflikt zu einem bestimmenden Maßstab macht. Damit rückt nicht nur die Zweistaaten-Lösung erneut in weitere Ferne, zugleich führt diese religiöse Aufladung dazu, dass die sich vormalig abzeichnende Beruhigung zwischen den arabischen Ländern und Israel wieder ins Stocken gerät. Nicht zuletzt das hochfragile aber für die Sicherheit Israels geradezu existentiell wichtige Verhältnis zu Jordanien wird durch keinen Faktor so sehr auf die Probe gestellt, wie durch die Ereignisse auf dem Tempelberg.

Die internationale Gemeinschaft sollte in dieser prekären Lage, in der dieser Konflikt zu einer religiösen Auseinandersetzung zu werden droht, ausnahmslos alles daran setzen, zur Deeskalation beizutragen. Der alte Satz, die israelisch-palästinensische Auseinandersetzung sei die „Mutter aller Konflikte“ mag angesichts der Vielschichtigkeit der nahöstlichen Konfliktlagen nicht mehr zutreffend sein. Würde heute ein Friedensvertrag zwischen Israel und den Palästinensern unterzeichnet, wäre im weiteren Nahen Osten noch nichts gewonnen. Wenn sich aber die Lage im Heiligen Land durch religiöse Radikalisierung verschlechtert, so hat das ohne jeden Zweifel auch Auswirkungen auf die Konflikte im gesamten nahöstlichen und nordafrikanischen Raum. Das macht die gegenwärtige Tempelbergepisode zu einer bedeutenden Sprosse auf einer gefährlich wackligen Leiter, von der man nicht mit Gewissheit sagen kann, ob sie zu einer besseren Zukunft führt.



Impressum

Konrad Adenauer Stiftung e.V.
Hauptabteilung
Internationale Zusammenarbeit

Büro Israel
8 Rabbi Akiva St.
P.O. Box 7968
Jerusalem 9107901
Israel

E-Mail
office.israel@kas.de
Telefon
+972 2 567 18 30